

Protokoll – öffentlicher Teil

31. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Sitzungstermin:	Dienstag, 19.09.2023
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:15 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Rathaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Anwesend

Vorsitz

Dr. Mechthild Rüniger Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder

Nico Marquardt SPD
Karsten Dornhöfer SPD
Sascha Krämer Sozial.DIE LINKE.Potsdam

sachkundige Einwohner

Robert Hirsch CDU
Prof. Dr. Karin Schwarz SPD
Timo-Daniel Seifert Freie Demokraten
Sandro Szilleweit Die Andere

Dezernent

Dieter Jetschmanegg

Vertreter der Beiräte

Peter Hahnel Seniorenbeirat
Viktor Kalitke Migrantenbeirat

Abwesend

Mitglieder

Beate Goreczko	Die Andere	entschuldigt
Stefan Gutschmidt	CDU	entschuldigt
Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Chaled-Uwe Said	AfD	nicht entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Andreas Menzel	Freie FRAKTION	nicht entschuldigt
Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Sylvia Frenzel	BürgerBündnis	nicht entschuldigt
Peter Mundt	Seniorenbeirat	entschuldigt
Dr. Sophia Rost	Bündnis 90/Die Grünen	nicht entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.06.2023
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 IT-Krise dauerhaft bewältigen und aufarbeiten 23/SVV/0139
Einreicher: Fraktion CDU
- Wiedervorlage -
 - 4.2 Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an der DB Rad+ App 23/SVV/0460
Einreicher: Fraktion SPD
- Wiedervorlage -
 - 4.3 Beitritt der Landeshauptstadt Potsdam zu Initiative DB Rad+ 23/SVV/0517
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -
 - 4.4 Mitwirkungsgrremium Am Stern 23/SVV/0141
Fraktion DIE LINKE
- Wiedervorlage -
 - 4.5 App des Gesundheitsamtes 23/SVV/0705
Fraktion der Freien Demokraten
 - 4.6 Smart-City-Strategie der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) im Förderprogramm „Modellprojekte Smart Cities“ (MPSC) des Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen 23/SVV/0822
Oberbürgermeister, Arbeitsgruppe Smart City

- 5 Partizipation
 - 5.1 Bericht des Beteiligungsrates
 - 5.2 Bericht der WerkStadt für Beteiligung
 - 5.3 Petition "Petition direkt an die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam"
 - 5.4 Richtlinie zur Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Geflüchteten 23/SVV/0834
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 6 Transparenz
- 7 Digitalisierung
 - 7.1 Bericht des Digitalisierungsrates
- 8 Themenspeicher/Themenvorschläge
- 9 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 10 Bericht zum IT-Sicherheitsvorfall 12/2022 - 03/2023 23/SVV/0867
Oberbürgermeister, E-Government

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Rürger, eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen La-

ung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung sind vier von acht Ausschussmitgliedern anwesend. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Nach Ablauf von fünfzehn Minuten ist die erforderliche Anzahl von Ausschussmitgliedern nicht anwesend, so dass die Sitzung geschlossen werden muss. Es wird sich dennoch darauf verständigt, die Berichterstattungen ab TOP 5 stattfinden zu lassen.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.06.2023

vertagt

Wegen Beschlussunfähigkeit ist keine Beratung dieses Tagesordnungspunktes möglich.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

4.1 IT-Krise dauerhaft bewältigen und aufarbeiten

23/SVV/0139

vertagt

Wegen Beschlussunfähigkeit ist keine Beratung dieses Tagesordnungspunktes möglich.
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, nach Herstellung der Betriebssicherheit aller IT-Systeme und Wiederaufnahme der Dienstleistungen die Cyber-Angriffsfälle Dezember 2019 und Dezember 2022 von einem nicht-öffentlichen Gremium untersuchen zu lassen und dabei u. a. folgende Fragen zu beantworten:

- Welche konkreten technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit wurden nach dem ersten Trennen der öffentlichen IT-Systeme der LHP (Lock Down 2019) getroffen?
- Ob hierzu Handlungsempfehlungen von dritter Seite ausgesprochen wurden und wenn ja, von wem und welche?
- Wenn Handlungsempfehlungen ausgesprochen wurden und ob sie verfolgt wurden?

- Ob nach dem Lock Down 2019 das „IT-Grundschutz-Profil: Basis-Absicherung Kommunalverwaltung“ (Version 2.0 vom 15.10.2019) vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in der LHP umgesetzt wurde? Wenn nicht, warum nicht, und wenn nur in Teilen, welche Teile und welche Teile nicht?
- Ob bis Ende 2021 eine vollständige Übersicht der IT-Architektur der LHP inkl. deren Dokumentation vorlag?
- Ob eine solche von dritter Seite angemahnt oder angefordert wurde,
- Ob die LHP vorsorglich erhöhte Sicherheitsstandards z. B. für kritische Infrastruktur umgesetzt hat?
- Welche Verantwortlichkeiten für den Lock Down 2022 festzustellen sind?
- Welche Handlungsoptionen für das zweite Trennen der öffentlichen IT-Systeme der LHP (Lock Down 2022) vorlagen?
- Wer der Verantwortlichen in der LHP beim Lock Down 2022 wann, welche Entscheidungen getroffen bzw. zu Entscheidungen getroffen hat?
- Warum das Trennen sämtlicher öffentlicher IT-Systeme der LHP als beste Lösung gewählt und als verhältnismäßig angesehen wurde?
- Warum nicht nur betroffene IT-Services getrennt werden und nicht-betroffene IT-Services weiter öffentlich zugänglich gehalten wurden?
- Warum die getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen des Lock Down 2019 beim Lock Down 2022 nicht gegriffen haben?
- Ob andere (Brandenburger) Kommunen von den konkreten Hinweisen des LKA bzw. von den Angriffen betroffen waren?
- Warum ggf. andere betroffenen (Brandenburger) Kommunen, unabhängig ob konkrete Warnungen vorlagen, ihre öffentlichen IT-Systeme nicht (vorsorglich) getrennt haben?
- Ob und ggf. wann Amtshilfeersuchen gestellt wurden?
- Ob und wann Serviceleistungen für Notfallsituation vorbereitet, angeboten und den Bürgerinnen und Bürgern mitgeteilt wurden?
- Welche konkreten technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit nach dem zweiten Lock Down 2022 ergriffen wurden/werden?
- Warum diese technischen und organisatorischen Maßnahmen nicht schon nach dem ersten Lock Down 2019 ergriffen wurden?
- Ob nach dem Lock Down 2022 das „IT-Grundschutz-Profil: Basis-Absicherung Kommunalverwaltung“ (Version 3.0 vom 31.03.2022) vom BSI in der LHP umgesetzt wurde/wird? Wenn nicht, warum nicht, und wenn nur in Teilen, welche Teile und welche Teile nicht?
- Welcher Schaden, materiell (u. a. Wiederherstellung öffentlicher IT-Betrieb der LHP, Schadensersatzklagen, Mehrkosten für Bürgerinnen und Bürger) und immateriell (u. a. Vertrauensverlust bei staatlichen Diensten für Bürgerinnen und Bürger), durch den Lock Down 2022 entstanden ist?
- Welche Notfallmaßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger für die Zukunft entwickelt wurden/werden?
- Welche Zusammenarbeit mit dem Land, anderen Kommunen, Fachbehörden, IT-Dienstleistern, möglich und notwendig sind, die IT-Systeme nachhaltig und krisensicher zu organisieren und zu dokumentieren?

Das Untersuchungsgremium ist auf Vorschlag der Verwaltung und des kommunalen Zweckverbandes DIKOM mit Fachleuten und Vertretern der Fraktionen zu besetzen.

Dem Hauptausschuss und dem Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung ist bis Oktober 2023 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

4.2 Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an der DB Rad+ App

23/SVV/0460
vertagt

Wegen Beschlussunfähigkeit ist keine Beratung dieses Tagesordnungspunktes möglich.
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Teilnahme am Projekt DB Rad+ in Potsdam zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

4.3 Beitritt der Landeshauptstadt Potsdam zu Initiative DB Rad+

23/SVV/0517
vertagt

Wegen Beschlussunfähigkeit ist keine Beratung dieses Tagesordnungspunktes möglich.
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Landeshauptstadt Potsdam als Teilnehmerin der Initiative DB Rad+ anzumelden.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) ist über die Umsetzung zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

4.4 Mitwirkungs-gremium Am Stern

23/SVV/0141
vertagt

Wegen Beschlussunfähigkeit ist keine Beratung dieses Tagesordnungspunktes möglich.
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass im Stadtteil Am Stern ein stabiles Mitwirkungs-gremium nach dem Vorbild der Bürgervertretung Drewitz gebildet wird. Damit sollen gute Voraussetzungen für eine aktive Mitwirkung der Bewohner Am Stern bei der Erarbeitung des Rahmenplanes für den Stern gesichert werden.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die notwendigen Voraussetzungen bis Ende des Jahres 2023 zu schaffen. Die Stadtverordnetenversammlung ist im Juni 2023 über den

Stand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

4.5 App des Gesundheitsamtes

23/SVV/0705
vertagt

Wegen Beschlussunfähigkeit ist keine Beratung dieses Tagesordnungspunktes möglich.
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche digital gestützte Anwendung (App etc.) auf der Website der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt werden kann, damit Kinder und Jugendliche, die noch heute psychisch unter den Folgen der Corona-Pandemie leiden, professionelle Hilfe erlangen können.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

4.6 Smart-City-Strategie der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) im Förderprogramm „Modellprojekte Smart Cities“ (MPSC) des Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

23/SVV/0822
vertagt

Wegen Beschlussunfähigkeit ist keine Beratung dieses Tagesordnungspunktes möglich.
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1) Die Smart-City-Strategie der Landeshauptstadt Potsdam.
- 2) Die 6 Maßnahmen mit ihren insgesamt 19 Teilmaßnahmen:
 - a) Urbane Netzwerke, Infrastruktur und Datenplattform: Freies Stadt-WLAN; Notfallnetz für den Katastrophenfall; LoRaWAN und Sensorik; Urbane Datenplattform
 - b) Verknüpfung digitaler und analoger Teilhabe: Beteiligungsatlas; Innovationswettbewerb; Erweiterung des Potsdam Labs
 - c) Quartiersentwicklung: MiLA – Plattform für Mieten, Leihen und Ausprobieren; Smartes Wohnen bei Unterstützungsbedarf; Soziales Wohnen 2.0 – Plattform für sozial gerechte Wohnraumvermittlung; Digital-analoger Geschichtspfad; Weiterentwicklung Partizipatives Stadtteilmodell (kurz: PaSMo)
 - d) Klimaschutz und Klimaanpassung: Erstellung eines Klimadashboards zur Visualisierung und Monitoring von Klimaschutzmaßnahmen, Bürgernahes Baumkataster; Cooling Points; Stadtklima erlebbar machen – smarte und klimapositive Stadt
 - e) Integrierte Verkehrswende: Smarte Mobilitätsdrehkreise für Potsdams Pendlerströme; Aktionsraum Bahnhof

- f) Smart Region: Kooperativer Regio.hub – für eine smarte Region rund um Potsdam
- 3) Den Kosten- und Finanzierungsplan.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

5 Partizipation

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

5.1 Bericht des Beteiligungsrates

Herr Dr. Binder vom Beteiligungsrat berichtet, dass geplant sei, eine Ergänzung der Kommunalverfassung bezüglich Antworten auf Stellungnahmen und deren Fristsetzung anzuregen. Des Weiteren berichtet Herr Binder, dass der Schwerpunkt der diesjährigen Klausur ein Erfahrungsaustausch mit den Beiräten sein werde.

5.2 Bericht der WerkStadt für Beteiligung

Frau Kortmann, Bereich Partizipation und Demokratiewerkstatt der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet für die interne WerkStadt für Beteiligung anhand einer Präsentation über die neue Darstellung der Beiräte und Räte auf Postdam.de sowie vom Partizipationstool. (Die Präsentation ist dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt)

Anschließend berichtet Herr Kärsten von der externen WerkStadt für Beteiligung, dass von der Stadtteilvertretung der Waldstadt eine Prozessbegleitung angefragt wurde. Es seien fünf Werkstätten geplant. Im Januar solle dann die abschließende Werksatt stattfinden. Herr Kärsten berichtet weiter, dass sich der WerkStadt-Report gerade im Druck befinde. Dieser solle dann in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung am 17.10.2023 vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

Anlage 1 TOP 5.2 Präsentation zum Bericht der WerkStadt für Beteiligung (öffentlich)

**5.3 Petition "Petition direkt an die Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam"**

vertagt

Wegen Beschlussunfähigkeit ist keine Beratung dieses Tagesordnungspunktes möglich.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

**5.4 Richtlinie zur Förderung von Angeboten zur sozialen Integration
von Geflüchteten**

23/SVV/0834
vertagt

Wegen Beschlussunfähigkeit ist keine Beratung dieses Tagesordnungspunktes möglich.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

6 Transparenz

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

7 Digitalisierung

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

7.1 Bericht des Digitalisierungsrates

Herr Marquardt berichtet, dass der Digitalisierungsrat eine Stellungnahme zur Smart-City-Strategie der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) im Förderprogramm „Modellprojekte Smart Cities“ (MPSC) des Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen erarbeitet habe. (Die Stellungnahme ist dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt)

Desweiteren berichtet Herr Maquardt, dass am Freitag, den 29.09.2023 der Schinkelhallentalk „Digital Health“ des Wirtschaftsrates und des Digitalisierungsrates der Landeshauptstadt Potsdam stattfinden werde. Herr Marquardt führt weiter aus, dass die Herbstsitzung des Digitalisierungsrates im November den Schwerpunkt KI haben werde.

Anlage 1 TOP 4.6 Stellungnahme zur Smart-City-Strategie-Potsdam (öffentlich)

8 Themenspeicher/Themenvorschläge

Es werden keine Themen benannt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

9 Sonstiges

Herr Jetschmanegg berichtet anhand einer Präsentation zum ALLRIS. (Die Präsentation ist dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) Im Anschluss der Präsentation tauschen sich die Ausschussmitglieder über die Ausstattung der Stadtverordneten mit mobilen Endgeräten nach der Kommunalwahl im Jahr 2024 aus. Hier geht es zum einen um die Frage, ob Notebooks oder Tablets angedacht werden sollen und, ob für jeden Stadtverordneten oder je nach Bedarf ein Gerät zur Verfügung gestellt werden solle. Die Ausschussmitglieder befürworten ein Tablet und die Bereitstellung je nach Bedarf.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

Anlage 1 TOP 9 Präsentation Berichterstattung ALLRIS (öffentlich)

Vorsitz:

Protokollführung:

Dr. Mechthild Rürger

Marén Matyka